

Statt Aufrüstung: 100 Milliarden für eine gerechte Welt!

Im Februar 2022 hat Russlands Führungselite einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen, den wir aufs Schärfste verurteilen. Millionen Menschen sind auf der Flucht, erfahren Leid und werden getötet.

Kriege und militärische Auseinandersetzungen nehmen weltweit zu.

Deutschland und die EU sind nicht nur durch Waffenlieferungen und den Einsatz von Truppen an kriegerischen Konflikten beteiligt. Sie sind durch ihre Klima-, Migrations- und aggressive Handelspolitik mitverantwortlich für gesellschaftliche Spaltung, Armut, für Umweltzerstörung und den Klimawandel mit globalen Folgen: Zerstörung ganzer Regionen und Lebensräume, Hungersnöte und das Sterben Tausender Menschen auf der Flucht.

Die Aufrüstung und das Drohen der Großmächte mit Atomwaffen tragen nicht zum Frieden bei. Im Gegenteil: Sie schüren Angst und Hass und treiben Staaten in die Arme von Militärbündnissen, die vermeintliche Sicherheit versprechen.

Es gibt aber keine Sicherheit und keinen Frieden mit Waffen und Aufrüstung.

Das Geld für Rüstungsausgaben sollten wir dringend für die sozial-ökonomische Transformation, für Bildung, Gesundheit, humanitäre Hilfe, Krisenprävention und für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen.

Daher sagen wir:

- **Nein zum 100 Mrd. „Sondervermögen für die Aufrüstung“**
- **Nein zur Erhöhung von Rüstungsetats & zum 2%-Ziel der NATO**
- **Nein zu Waffenlieferungen**
- **Nein zu atomaren Drohgebärden**

Wir fordern stattdessen:

- **Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO**
- **Verhandlungen über eine europäische Friedensordnung im Rahmen der OSZE**
- **Aufbau einer klimaneutralen und gerechten globalen Wirtschaftsordnung**
- **Ausbau und Stärkung ziviler Friedensdienste**
- **Aufnahme aller Flüchtlinge aus Krisengebieten**